

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

[urn:nbn:de:gbv:45:1-51833](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-51833)

Von dieser Zeitschrift erscheinen wöchentlich zwei Nummern, jede zu mindestens  $\frac{1}{2}$  Bogen.

# Neue Blätter

Preis des Jahrgangs 2 Rthlr. Courant; mit Porto, soweit die Großb. Oldenb. Posten gehen, 2 Rthlr. 24 gr. Courant.

für

## Stadt und Land.

Sechster Jahrgang.

Mittwoch, 14. Juni.

1848.

N. 48.

### Zur einheitlichen Handels- und Zoll-Verfassung.

Unter den großen Fragen, auf welche Antwort zu geben man sich täglich hier bereit halten muß, ist eine der wichtigsten die: Was kann und was soll für die einheitliche Entwicklung der Deutschen Handels- und Gewerbs-Verhältnisse geschehen? Die dem Zollvereine angehörigen Abgeordneten, also die Mehrheit, sind mit der Antwort bei der Hand: die andern deutschen Staaten sollen dem Zollvereine beitreten. In dieser Richtung sind auch schon Anträge (von Hollandt und M. Mohl) an die National-Versammlung gebracht. Es ist das ganz begreiflich. Die Angehörigen des Zollvereins haben sich bei dem Systeme desselben besser befunden, als bei der frühern Absonderung Aller von Allen, und meinen nun, der Zollverein als das Gute sei vorläufig allgemein zu machen und die Ausbildung seines Systems zum Bessern oder Besten der Zukunft vorzubehalten. Eine andere Auffassung der Sache hat mich bewogen, mit Abgeordneten aus Oesterreich, dem Steuerverein, Mecklenburg, Schleswig-Holstein und den Hansestädten zusammenzutreten, um in regelmäßigen Zusammenkünften die Bedürfnisse der von uns zunächst vertretenen Bevölkerungen zu besprechen und zu berathen, auf welchem Wege dieselben, unbeschadet des allgemeinen Einigungsdranges am besten zur Geltung zu bringen seien.

Wir haben nun uns zu dem Antrage auf eine

Commission „zur möglichst gründlichen und umfassenden Vorbereitung einer den Gesamtinteressen entsprechenden deutschen Handels- und Zoll-Verfassung“ geeinigt und dabei ausgesprochen, daß wir die einleitenden Maßregeln der Bundes-Versammlung vom 19. v. M. gutheißen, „in der Erwartung, daß die Vorschläge der Delegirten der einzelnen Bundesstaaten der Nationalversammlung oder ihrer Commission vorgelegt würden.“ — Die Commission besteht jetzt bereits und sie hat eine Unterabtheilung, unter dem Vorstände des Ministerialraths von Hermann aus München, gebildet, in welcher sich folgende Männer (die Großgedruckten nicht aus dem Zollvereine) befinden: v. Hermann, Francke, Dröge, Mohl, Bürger (Triesl), Gevekoht, Köstler (Wien), Hollandt, Breusing, v. Reden, Schwarzenberg II., Eisenfuch, E. Merck.

Dieser Commission sind auch die aus der Mitte unsrer Berathungen hervorgegangenen Bemerkungen zugewiesen, die ich theilweise hier nachstehend mittheile.

„Die bevorstehende Herstellung einer einheitlichen Handels- und Zoll-Verfassung Deutschlands darf, bei unbefangener Erwägung der ganzen Sachlage, nicht so aufgefaßt werden, als handele es sich darum, durch Beschluß der Nationalversammlung die bis jetzt außerhalb des Zollvereins gebliebenen deutschen Bundesstaaten zu nöthigen, alsbald dem Zollverein beizutreten und dessen System, gewisse Modificationen vielleicht vorbehältlich, anzunehmen. Die Aufgabe ist



eine wesentlich andere. In Verbindung mit der Reichsverfassung soll Deutschland zugleich durch das materielle Band der Handelseinheit zusammengehalten werden, und zu diesem Zwecke, unter umsichtiger und billiger Berücksichtigung der eigenthümlichen und hergebrachten Verhältnisse der verschiedenen Landestheile, eine den Gesamtinteressen von ganz Deutschland entsprechende selbstständige Handels- und Zoll-Verfassung neu begründet werden. Geht man von diesem Gesichtspuncte aus, so muß von selbst einleuchten, daß zur einigermaßen befriedigenden Lösung einer so unendlich wichtigen und schwierigen Aufgabe sehr umfassende und vielseitige Untersuchungen und Verhandlungen vorgängig erforderlich sind.“

„Wenn nun gleich, wie bemerkt, von einer Ausdehnung des Zollvereins nicht die Rede ist, sondern die selbstständige Begründung eines gemeinschaftlichen deutschen Handels- und Zoll-Systems beschafft werden soll, so ist dadurch aber keineswegs ausgeschlossen, daß vorläufig der Zollvereinstitariff gewissermaßen als Unterlage und Leitfaden benützt werde, an den die speciellen Untersuchungen und Vorschläge sich am leichtesten werden anknüpfen lassen.“

„Die Vorarbeiten zu einem solchen Entwurfe eines deutschen Handels- und Zoll-Systems lassen sich der Natur der Sache nach in zwei Hauptkategorien einteilen, insofern nämlich bei dem Uebergange zu einem solchen neuen Systeme die einzelnen Staaten, als solche, direct betheiltigt sind, — oder andererseits die verschiedenen volkswirtschaftlichen Interessen und einzelne Geschäftszweige dabei in Betracht kommen.“

„Was den ersteren Theil betrifft, so ist es zunächst und vornämlich das finanzielle Interesse, welches die einzelnen Regierungen bei der Entwerfung und Annahme eines gemeinschaftlichen Zollsystems wahrzunehmen haben. In fast allen deutschen Staaten nimmt der Ertrag der Eingangsabgaben im Staatshaushalte eine so bedeutende Stelle ein, daß selbstverständlich eine hierauf wesentlich zurückwirkende Feststellung der wichtigeren Tariffätze sorgfältige Prüfung, und eventuell vorgängige anderweitige Deckung des Ausfalles, erheischt. Zur Verhandlung hierüber ist eine Conferenz von Regierungsbeamten, welche mit diesen Verhältnissen gehörig vertraut sind und das

betreffende statistische Material zur Verfügung haben, erforderlich. Eben so muß es diesen officiellen Sachverständigen obliegen, da ja der Gesamtzollertrag pro rata der Kopffzahl repartirt werden oder direct zu Bundeszwecken verwendet werden wird, was beides in vorliegender Rücksicht auf dasselbe hinauskommt, auf eine solche Einrichtung des gemeinschaftlichen Zolltariffes Bedacht zu nehmen, — daß eine ersichtliche Prägravation einzelner Staaten oder Provinzen thunlichst vermieden oder in sonstiger Beziehung ausgeglichen werde.“

„Von Seiten der Regierungen ist ferner eine officiële Auskunft darüber zu ertheilen, in wie weit und wie lange bestehende Handelsverträge ihrer Staaten die Ausführung einer vollständigen Zollvereinigung etwa noch hinauschieben oder vorläufig modificiren dürften und bei welchen Verträgen eine Kündigung oder Abänderung stattzufinden habe.“ \*)

„Hinsichtlich der eben angedeuteten finanziellen und staatsrechtlichen Beziehungen der deutschen Handels- und Zollfrage erscheint es nicht nur wünschenswerth, sondern durchaus notwendig, daß ein defaktsiger umfassender Bericht nebst motivirten Vorschlägen von den durch den Bundestags-Beschluß vom 19. Mai zu einem Zollcongrès berufenen Delegirten der Regierungen, nach gemeinschaftlicher Verständigung ausgearbeitet und vorgelegt werde. Um diesen Zweck sicherer zu erlangen, möchte es zu empfehlen sein, daß der Dreißiger-Ausschuß für die volkswirtschaftlichen Angelegenheiten die Nationalversammlung bestimme, die Bundesversammlung davon in Kenntniß zu setzen, daß man von der durch sie angeordneten Zollconferenz hauptsächlich eine Erörterung der bei der Herstellung eines gemeinschaftlichen Zollsystems in Betracht kommenden finanziellen und staatsrechtlichen Verhältnisse erwarte, damit die Regierungen, in Berücksichtigung dieser besonderen Aufgabe, die Ernennung der ihrer Seite zu delegirenden Sachverständigen einrichten mögen.“

„Alles übrige, was, abgesehen von den finanziellen und staatsrechtlichen Fragen, sonst noch in Bezug auf die Herstellung eines neuen und gemeinschaftli-

\*) Dieser Punkt scheint mir für uns Oldenburger besonders wichtig. Der hannoversch-englische Vertrag geht, glaube ich, bis 1854 (?). Wie ist davon loszukommen? R.

chen deutschen Handels- und Zollsystems zu untersuchen und vorzubereiten wäre, das würde der unmittelbaren Anordnung der betreffenden Section des Dreißiger-Ausschusses zu überweisen sein. — Es fragt sich, in welcher Weise sollen diese volkswirtschaftlichen Untersuchungen vorgenommen werden, um ein sowohl möglichst vollständiges und vielseitiges, als auch ein zuverlässiges und einigermaßen übersichtliches Material zu beschaffen? Will man die beim britischen Parlament übliche Weise zum Vorbild nehmen, so wären praktische Geschäftsleute aus allen wichtigeren kommerziellen und industriellen Branchen und aus allen Gegenden Deutschlands einzeln, in Form von fortlaufenden Fragen und Antworten, zu vernehmen, was entweder dadurch geschehen könnte, daß der Ausschuss Namens der Nationalversammlung solche Sachverständige successive hieher beriefe, oder aber Deputirte oder sonstige Bevollmächtigte nach den einzelnen Städten hinsendete, um dort nach Anleitung allgemeiner Vorschriften die Vernehmungen zu leiten und aufzeichnen zu lassen. Dieses Auskunftsmittel scheint jedoch bei der vorliegenden immensen Aufgabe aus mehrfachen Rücksichten nicht wohl ausführbar, auch nicht genügend. Wie viele Zeit und wie viele Arbeitskräfte würden erfordert werden, wie weitschichtig würde auf diese Weise das zu verarbeitende Material werden, zumal man in Deutschland an diese Form der Untersuchungen, wo so viel von einer klaren und sachkundigen Fragestellung abhängt, noch gar nicht gewöhnt ist. Es soll damit jedoch nicht gesagt werden, daß nicht auch einzelne persönliche Vernehmungen zur Aufklärung mancher kommerzieller und industrieller Verhältnisse

abseiten des Ausschusses vorzunehmen oder zu veranlassen seien, aber es erscheint angemessen, die Untersuchungen über die verschiedenen volkswirtschaftlichen Zustände und Interessen, welche bei der durchgreifenden Umgestaltung der deutschen Handels- und Zollverhältnisse in Betracht kommen, in der Hauptsache in anderer Weise vorzunehmen, nämlich so, daß die Fragen in gewisse Hauptrubriken eingetheilt werden und sämmtliche in Deutschland bestehende Handelsvorstände und Gewerbevereine von irgend einer Bedeutung darüber zur gutachtlichen Berichterstattung, zu motivirten Vorschlägen und zur Aeußerung sonstiger Desiderien speziell aufgefordert werden. Tene Vorstände und Vereine würden dabei ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen sein, vor Abstattung des Gutachtens ihrerseits eine spezielle Vernehmung praktischer Geschäftsmänner aus den in Betracht zu ziehenden Handels- und Industriezweigen ihres Kreises vorangehen zu lassen u.

Im Sinne dieser Anträge werden Aufforderungen wohl schon nach Oldenburg, Barel u. gelangt sein, wenn dies zum Drucke kommt. Vielleicht können die obigen Bemerkungen noch bei der Beantwortung als Leitfaden dienen. Aber auch die von der Commission nicht speziell aufgeforderten könnten sich nützlich machen, wenn sie einzelne Zweige des großen Baums, an dem unser deutsches Handels- und Gewerbeswesen emporwachsen soll, der besondern Aufmerksamkeit unterzögen. Der Gewerbeverein, dessen regste Thätigkeit jetzt gefordert wird, würde die Unterhandlungen gewiß gern vermitteln.

Frankfurt a. M. den 4. Juni 1848.

H. Rüd er.

## Kleine Chronik.

Nachfolgende von den Officieren und Ausschüssen der Bürgerwehr und des Schützencorps einstimmig beschlossene Adresse an die Reichsversammlung circulirt bei den Bürgern der Stadt Oldenburg und Oldenburg zur Unterschrift.

Sehe Reichsversammlung!

Die unterzeichneten Bürger und Wehrmänner von Oldenburg fühlen sich gedrungen, ihre volle Zustimmung zu dem Beschlusse der hohen Reichsversammlung vom 27. Mai auszusprechen. Binnen wenigen Wochen tritt bei uns der Landtag zusammen, um mit unserem Fürsten die unaufschiebbare Verfassung zu vereinbaren. Wir sind überzeugt, daß der Grund-

satz „die Verfassungen der einzelnen deutschen Staaten müssen mit dem zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke übereinstimmen“, auch für die Gestaltung unserer Verfassung durchaus maßgebend sein muß.

Ueberhaupt darf die hohe Reichsversammlung, in der wir die wahrhaften Vertreter der deutschen Nation erkennen, auf unsere unbedingte Zustimmung und Unterstützung jedes Beschlusses rechnen, der „die Einheit und politische Freiheit unseres Vaterlandes“ sichert. In der Einheit sehen wir die Freiheit am festesten gesichert; durch die Freiheit die Einheit am schnellsten und wirksamsten begründet.



In diesem Sinne ist von uns die fast einmüthige Wahl Heinrich's von Gagern zum Präsidenten der hohen Reichsversammlung aufs freudigste begrüßt worden. Wir erkennen, daß die Kraft der hohen Reichsversammlung in dem festen, treuen und männlichen Anschlusse der Nation an dieselbe liegt. Dieser Anschluß wird ihr nicht fehlen. Denn wir finden durch jene Beschlüsse unser Vertrauen gerechtfertigt, daß die hohe Reichsversammlung eben so fern ist von dem Geiste eines engen Partikularismus, der in Ueberschätzung seiner Sondermacht der nationalen Vereinigung widerstrebt, als von unpraktischer Nichtberücksichtigung der bestehenden Grundlagen des Staats- und Volkslebens.

Oldenburg, den 7. Juni 1848.

Nachfolgende auf Vorschlag des Schützencorps beschlossene Adresse an unsere Truppen in Schleswig circulirt bei den Bürgern der Stadt Oldenburg und Osterburg zur Unterschrift.

Wackere Krieger! liebe Landsleute!

Die Bürgerwehr von Oldenburg sendet Euch ihren brüderlichen Gruß und Glückwunsch. Euer Verhalten im Felde, Eure Ausdauer in Ertragung von Mühsalen und Beschwerden, Euer Muth in Kampf und Gefahr sind uns Stolz und Freude. Ihr habt Euch als würdige Söhne des Vaterlandes gezeigt. Ein dreimaliges Hoch dem theuren Vaterlande und den Vertheidigern seiner heiligen Sache!

Deutschland über Alles!

Von Brake aus sollte am vorigen Dienstage (6. Juni) eine Anzahl Vieh mit einem Engl. Dampfschiffe ausgeführt werden. Einige Tage vorher verbreitete sich das Gerücht, daß eine Menge Leute, namentlich aus der arbeitenden Klasse, diese Einschiffung gewaltsam verhindern werde. Die Bürgerwache in Brake (bestehend aus ungefähr 200 Mann), welche sich auf Ehre und Gewissen verpflichtet hat, für Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu wirken, wurde deshalb aufgefordert, an dem gedachten Tage in dem Hafen sich aufzustellen und etwaigen Unruhen vorzubeugen oder entgegenzutreten. Allein diese zeigte sich wenig geneigt dazu; — trotzdem \*) daß bis dahin keine gewaltsamen Austritte Statt gefunden hatten, sondern lediglich erst ein Gerücht sich verbreitet hatte. Das in Brake liegende Militär hatte sich mit Recht dahin erklärt, daß es erst im äußersten Falle einschreiten werde, nachdem die Bürger das Ihrige gethan hätten. — In Folge dessen unterblieb die Einschiffung in Brake und das Vieh wurde in der Stille von Glöckel und Strohausen aus auf das Dampfschiff gebracht.

Freitag, den 9. Juni, Morgens 11 Uhr, fuhren die Rekruten des 1. Regiments mit dem Dampfboote „Oldenburg“ nach Bremen, um von da mit der Eisenbahn nach Neudenburg und weiter nach Schleswig zu ihrem Regimente sich zu begeben.

\*) Trotzdem?

D. Red.

ben. Bei ihrer Abfahrt hatte sich eine Menge Menschen versammelt, die ihnen ein herzliches Lebewohl nachriefen.

Dienstag den 20. Juni wird ein Bataillon unseres zweiten Infanterieregiments nach Schleswig marschiren. Die Stimmung der Leute soll eine sehr gute sein; namentlich sollen die Nachrichten von ihren Kameraden aus dem Felde günstig auf sie eingewirkt haben. — „Wenn das zweite Regiment in Sundewitt nur mit gewesen wäre, so hätten die Oldenburger allein die Dänen zurückgeschlagen.“ — „Ja, wir müssen unsern Kameraden beistehen, wir dürfen sie nicht im Stich lassen, wir müssen auch mit.“ Solche und ähnliche Aeußerungen hört man jetzt vielfach von unsern hiesigen Soldaten; und bei den Schießübungen sehen sie in Gedanken schon immer den Dänen vor sich und schießen dem Dänen einen Arm, ein Bein u. ab.

Während in früheren Jahren gewöhnlich schon um Ende Mai sämtliche Logis für Badegäste auf Wangeroge vergeben waren, — sind in diesem Jahre bis jetzt noch gar keine Bestellungen an die Badecommission ergangen; und es scheint daher, daß unsere diesjährige Badesaison in Wangeroge nicht sehr glänzend ausfallen werde.

Auch unsere Kahnfahrer leiden bei der allgemeinen Niederlage unsers Handels. Da gar keine größeren Schiffe auf der Weser ankommen, so ist die Fracht für die Kähne fast ganz auf Buschwerk beschränkt. — Unser kleiner Hafen am Stau, an dem sonst so reges Leben herrscht, bietet daher jetzt nur einen traurigen, öden Anblick dar. Schiffe genug; Arbeitskräfte genug; — aber keine Schifffahrt, keine Arbeit.

Herr Andersen-Siemens hat ein neues Schriftchen über Begründung einer deutschen Kriegsmarine herausgegeben. Er widerlegt darin etwaige Einwürfe, die gegen seinen Plan erhoben werden möchten. Der Angelpunkt derselben ist bekanntlich, daß eine Kriegsmarinemannschaft sich nicht auf Einen Schlag schaffen lasse, sondern erst allmählig herangebildet werden müsse (das Schiff macht den Mann), und daß also eine plötzlich hergestellte große und schwere Kriegsmarine uns ohne entsprechende Bememannschaft nichts helfe, vielmehr in kurzer Zeit eine Last für uns werden würde. Daß eine Kaufahrer-mannschaft nicht so ohne Weiteres für Kriegszwecke verwendet werden kann, hat denn auch der neulich in Kiel verunglückte Angriff auf das dänische Kriegsschiff erwiesen. Herr Siemens behält vorzugsweise das Land Oldenburg im Auge, das sicherlich bestimmt ist, einmal für die deutsche Marine von großer Bedeutung zu werden, trotz Guden und Bremen. Herr Siemens wird in Hamburg wohl durch unsern Abgeordneten Gelegenheit finden, dem Marinecongreß seine Ansichten zur Prüfung vorzulegen. Jedenfalls wäre daselbst die Anwesenheit eines Mannes nöthig, der mit practischem Blicke die Bedeutung unserer Nordseeflöße für die künftige Marine zu würdigen versteht. Thut Hamburg doch schon, als wäre die Elbe der Strom, der hierbei nur in Frage kommen könne.



Von dieser Zeitschrift erscheinen wöchentlich zwei Nummern, jede zu mindestens  $\frac{1}{2}$  Bogen.

# Neue Blätter

Preis des Jahrgangs 2 Rthlr Courant; mit Porto, soweit die Großh. Oldenb. Posten gehen, 2 Rthlr. 24 gr. Courant.

für

## Stadt und Land.

Sechster Jahrgang.

Sonnabend, 17. Juni.

1848.

N<sup>o</sup> 49.

### Die deutsche Kriegsflotte.

Daß wir eine solche haben müssen, auch dann noch, wenn der Krieg gegen Dänemark beendet ist, leidet keinen Zweifel. Die freiwilligen Sammlungen dazu scheinen aber bis jetzt in unserm Lande wenig wirksam zu sein. Nach den neuesten Nachrichten sind in der Stadt Oldenburg erst 200  $\mathfrak{R}$  eingegangen, eine Summe, des Erwähnens kaum werth. In andern Landestheilen will es mit der Bildung von Localcomit<sup>és</sup> nicht recht vorwärts gehen. Und dennoch ist es so klar in unserm Interesse für jeden, der nur sehen will, fordert die deutsche Ehre mit solcher unabweißbaren Strenge die Errichtung der Flotte, daß man mit Grund fragen mag: woher jene Lauigkeit? woher die seltsame Zögerung?

Ich glaube die Antwort in folgenden Umständen zu finden. Die Errichtung einer einigermaßen wehrhaften Flotte ist mit solchen enormen Kosten verbunden, daß mancher die Ansicht hegt, mit Privatsammlungen sei dafür wenig auszurichten. Mancher mag auch dafür halten, daß ein kleines Schärlein nichts hülfle und ein großes zu geben, das dem Zwecke entspricht, trägt er Bedenken. Ferner schwebt zwar die Nothwendigkeit einer Kriegsflotte den meisten vor Augen; allein die Art und Weise der Ausführung, um zu einer solchen zu gelangen, hat sich nicht klar genug ausgesprochen. Welche Art von Kriegsschiffen ist zunächst in Angriff zu nehmen, wer versteht sie zu bauen, wer liefert uns die erforder-

liche Armirung, Kanonen u. s. w., woher die Mannschaft nehmen, und vor allem, wer übernimmt ihre Einübung, ihre Führung?

Alle diese Einwürfe halte ich nun zwar für unerheblich; zum Theil müssen wir uns deren selbst schämen, zum Theil werden sie gewiß ihre baldige Lösung finden. Allein sie sind einmal da und sie zu entfernen, sollte jeder in seinem Kreise behüßlich sein. Jeder, der dazu die Kraft in sich fühlt, sollte auf den Patriotismus seiner Umgebung anregend einwirken, kleinliche Zweifel bekämpfen und das unmittelbare Interesse auseinandersetzen, daß vor allem unser Land mit seinem nicht unbedeutenden Küstenstriche an dem baldigen Gelingen der großen Sache hat. — Aber auch von einer andern Seite her, von Seiten unserer Regierung, könnte meines Erachtens ein wirksamer Schritt geschehen. Sie müßte öffentlich erklären, daß sie — vorbehaltlich der Genehmigung der Stände hinsichtlich der Geldmittel — eine Kriegsflotte wolle, daß sie keine Zweifel hege, daß ganz Deutschland von Staatswegen die Flotte schaffen, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Beschleunigung Sorge tragen werde, die Ausführung ihrerseits zu übernehmen und kräftigst durchzuführen bereit sei und daß endlich sie damit übereinstimme, Gelder und Zeichnungen in der Weise entgegenzunehmen, daß beide bei demnächstiger Ausschreibung einer Landessteuer zu dem fraglichen Zwecke in Anrechnung kommen sollen.

Gewönne auf solche Weise die Sache eine festere

